

Niederschrift

über die gemeinsame öffentliche Sitzung
**des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales und
des Hauptausschusses der Stadt Lörrach
am Dienstag, 13. Juli 2017**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
Bürgermeister Dr. Michael Wilke
- Stadträtinnen und Stadträte: Bachmann-Ade, Berg, Bernnat, Claassen, Cyperrek, Den-
zer, Escher, Glattacker, Herzog, Heuer, Höfler, Kiefer,
Koesler (ab 17.45 Uhr), Krämer, Kurfeß, Lusche, Martin,
Oehler, Pichlhöfer, Salach, Salinas de Huber, Schlecht,
Simon, Sommer, Vogel (ab 17.40 Uhr), Dr. Vogelpohl,
Wernthaler
- Entschuldigt: Böhringer, Lindemer, Roßkopf, Wiesiollek
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spangler
Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Dr. Held (ab 18.35 Uhr)
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer
Komm. Fachbereichsleiterin Eyhorn
Geschäftsführerin Ziegler-Jung
Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus
Stellv. Fachbereichsleiterin Kovac
Fachbereichsleiter Bühler
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Fachbereichsleiter Sproß (ab 17.40 Uhr)
Betriebsleiter Schäfer (ab 18.35 Uhr)
Stellv. Fachbereichsleiter Meier
Stellv. Betriebsleiter Eberhardt
Frau Heinze, FB Zentrale Dienste und Ratsarbeit
Frau Dr. Schwarz, FB Bürgerdienste
Herr Fessler, FB Medien und Kommunikation
Herr Röslen, FB Finanzen
- Urkundspersonen: Stadträtin Krämer und Stadtrat Claassen
- Schriftführung: Herr Ockenfuß
- Zeit: 17.30 bis 18.40 Uhr

Der Vorstand und die Mitglieder der Gremien einigen sich zu Beginn der Sitzung auf eine gemeinsame Beratung des Tagesordnungspunktes „Standort Anschlussunterbringung“ (Vorlage 122/2017).

TOP 1

Standort Anschlussunterbringung

Vorlage: 122/2017

Der Vorsitzende führt in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erläutert, dass die Unterbringung von 200 Personen im Rahmen der Anschlussunterbringung am Standort Haagen nicht von allen betroffenen Akteuren mitgetragen werde. Die Verwaltung schlage daher vor 50 bis 60 Personen am Standort Bächlin-Weg unterzubringen. Somit werde man am Standort Haagen eine Unterbringung von 140 bis 150 Personen vorsehen. Die Verwaltung gehe weiter davon aus, dass der Ortsteil Haagen durch die Unterbringung von 200 Personen am dortigen Standort keinerlei Nachteile erlitten hätte.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt einen Überblick über die Informationen zur Unterbringung, welche die Verwaltung im Rahmen einer Bürgerinformationsveranstaltung in Haagen dargestellt hatte (Anlage 1). Ebenso gibt er einen Überblick über die Geschichte der Aufnahme von Flüchtlingen in Lörrach.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen. Es brauche nun einen funktionierenden und umsetzbaren Beschluss.

Ortschaftsrätin Rufer meldet sich zu Wort und erklärt, dass eine Unterbringung von 100 Personen die verträglichste Lösung für Haagen sei. Es müsse nicht zwingendermaßen ein Provisorium errichtet werden. Man könnte eine Unterbringung auch in fester Holzbauweise errichten. Es sei erfreulich, dass die Verwaltung von einer Unterbringung von 200 Personen abgerückt sei. Man müsse die Anschlussunterbringung klar von der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften unterscheiden. Im Rahmen der Anschlussunterbringung sei bei weitem nicht mehr so ausreichend Betreuung gegeben wie in Gemeinschaftsunterkünften. Es käme weder zu einer guten Integration der Flüchtlinge noch zu einer Akzeptanz auf Seiten der Haagener Bürger.

Ortschaftsrat Bühler führt aus, dass es in Haagen Probleme geben werde. Die Unterbringung von 150 Personen könne nicht bewerkstelligt werden. Es bedürfe einer Obergrenze von 100 Personen. Mehr sei schlicht und einfach nicht zumutbar. Es bedürfe zudem auch einen weiteren Ausbau der Kindergartenplätze vor Ort. Man könne die vorgesehenen Flächen auch für eine Bebauung mit sinnvollen, langfristigen Wohneinheiten verwenden. Es brauche eine bessere Lösung zum Wohle Haagens und der Gesamtstadt.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung sich über die Verwendung der Flächen für eine feste Wohnbebauung Gedanken gemacht habe. Problematisch sei hierbei, dass die Wohnungen für die Anschlussunterbringung schon recht bald zur Verfügung gestellt

werden müssten. Wenn man eine feste Wohnbebauung vorsehe, werde man bis zur Fertigstellung deutlich mehr Zeit einplanen müssen.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdic ergänzt, dass der derzeit gültige Bebauungsplan Gemeinbedarfsfläche zur Errichtung einer Kirche und einem Kindergarten vorsehe. Ein Verfahren zur Änderung laufe derzeit. Dieses Verfahren wurde eingeleitet, um das Wettbewerbsergebnis des Landkreises zur Errichtung einer Gemeinschaftunterkunft (Wohnen) sowie Caritasstation (Gemeinbedarf) umsetzen zu können. Der aktuelle Planstand sehe rund ein Drittel der Fläche für die Gemeinbedarfsnutzung und zwei Drittel der Fläche für Wohnnutzung vor. Wenn man einen neuen Bebauungsplan aufstellen wolle, werde man dafür rund eineinhalb Jahre benötigen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es eine einfache und schnelle Lösung nicht so einfach gebe. Es brauche einfach einer provisorischen Übergangslösung, bis man der Anschlussunterbringung im eigentlichen Sinne gerecht werden könne. Er wünsche sich an dieser Stelle eine sachgerecht geführte Diskussion.

Stadträtin Krämer gibt an, dass die Haager CDU-Fraktionen die neuen Fakten zur Kenntnis nehmen wolle. Sie weist allerdings gleichzeitig darauf hin, dass es einen einstimmigen Beschluss aus dem Haager Ortschaftsrat gebe, welcher von der Verwaltung ignoriert werde. Der Ortsteil Haagen wehre sich nicht gegen die Flüchtlinge. Es gebe keine Probleme mit derartigen Unterbringungen, weil es solche Unterbringungen überhaupt nicht gebe. Eine Unterbringung von 150 Personen im Rahmen der Anschlussunterbringung sei der Integration mit Sicherheit nicht zuträglich. Es brauche eine gemeinsame Lösung in dieser Sache.

Stadtrat Schlecht tut kund, dass die Fraktion der SPD von dem neuen Unterbringungsvorschlag überrascht sei. Er wolle zunächst abwarten, um eine klare Fraktionsmeinung abgeben zu können. Man stehe insgesamt vor großen Herausforderungen. Im Rahmen der Anschlussunterbringung würden andere Ziele verfolgt als in einer Gemeinschaftsunterkunft. Den Beschluss des Ortschaftsrates Haagen nehme die Fraktion der SPD zur Kenntnis. Es brauche nun eine Koalition der Menschlichkeit und der Vernunft. Die Stadt müsse auch die Kosten für die Unterbringung im Blick behalten. Es brauche nun eine schnelle und nachhaltige Lösung. Die Betreuung der Personen müsse über den kompletten Zeitraum von drei Jahren sichergestellt sein. Man brauche dazu kein Welcome-Center, sondern ein Integrations-Center. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Kompromiss sei eine Überlegung wert. Der Standort Füssler-Areal solle nochmals überprüft werden.

Stadträtin Kurfeß vertritt die Auffassung, dass man die Flüchtlinge in der Stadt willkommen heißen müsse. Die Einrichtung eines Welcome-Centers zeuge von großer Menschlichkeit. Was das Land Baden-Württemberg nicht bezahle, müsse eben die Stadt zahlen. Grundsätzlich hätten die Flüchtlinge dezentral untergebracht werden müssen. Dies sei aber nicht zu schaffen, daher brauche man nun eine schnelle Lösung. Die Fraktion der Grünen könne den Kompromiss der Verwaltung annehmen. Eine Unterbringung auf dem Füssler-Areal sei jedoch nicht darstellbar. Man wolle eine Lösung finden und zwar nicht gegen den Ortschaftsrat Haagen, sondern für die Menschen.

Stadtrat Claassen erklärt, dass sich die Fraktion der Freien Wähler nochmals intern beraten wolle. Er erkundigt sich überdies nach einer möglichen Unterbringung am Standort Lauffenmühle. Er sei der Meinung, dass auch an diesem Standort zumindest temporär untergebracht werden könne. Man dürfe sich nicht zu sehr an Zahlen festklammern, sondern müsse die Unterbringung einfach angehen.

Stadtrat Simon sagt, dass in Haagen bisher noch keine Flüchtlinge untergebracht seien. Eine Unterbringung von mehr als 100 Personen sei nicht tragbar. Zu keiner anderen Meinung käme beispielsweise der Arbeitskreis Asyl. Er frage sich, warum die Verwaltung mit dem nun dargelegten Kompromiss noch nicht im Ortschaftsrat aufgeschlagen habe. Haagen sei sicherlich nicht unsozial.

Der Vorsitzende weist drauf hin, dass in der kommenden Sitzung des Gemeinderates eine Entscheidung getroffen werden müsse.

Bürgermeister Dr. Wilke schlägt vor, dass man den Ortschaftsrat Haagen in einer Sondersitzung am 18. Juli über das weitere Vorgehen informieren könne.

Stadträtin Herzog bekundet, dass sie die Bedenken bei einer Unterbringung von rund 200 Personen absolut nachvollziehen könne. Sie kenne die Problematiken von der Gemeinschaftsunterkunft in Brombach. Der nun dargelegte Kompromiss sei gut, wobei die Bedarfe hinsichtlich der Schulplätze in Haagen noch geklärt werden müssten. Für eine Unterbringung auf dem Füssler-Areal habe sie kein Verständnis. Dort sei gewiss keine Integration möglich.

Stadtrat Bernnat stellt fest, dass die Aufnahme von Flüchtlingen gelingen müsse. Er verspüre im Rat auch keine zu großen Differenzen. Man dürfe sich jedoch nicht auf eine zu starre Zahl festlegen. Eine Obergrenze halte er für sinnfrei. Das Votum des Ortschaftsrates Haagen werde respektiert, es werde jedoch versucht eine Lösung im Interesse der Gesamtstadt zu finden. Man dürfe nicht vergessen, dass es in der Stadt auch Orte ohne politische Interessenvertretung gebe. Er bittet beide Seiten, die Verwaltung sowie den Ortschaftsrat, um eine gute, gemeinsame Lösung. Er halte eine Unterbringung in kleineren Wohneinheiten auch für sinnvoller, jedoch sei eine zentrale Betreuung auch wichtig. Es sei überdies richtig, dass die Unterbringung in Modulbauweise und nicht in Containern erfolge.

Stadtrat Escher schließt sich seinem Vorredner an. Eine Lösung im Interesse der Gesamtstadt sei wichtig. Die Verwaltung solle auf das Wort von Experten wie beispielsweise aus dem Arbeitskreis Asyl hören. Die Verwaltung solle sich die Zahlen nochmals durch den Kopf gehen lassen. Integration werde ohne eine langfristige Betreuung nicht funktionieren.

Stadträtin Kurfeß wolle aus der Tiefe ihres Herzens sprechen und erklärt, dass man vorliegend nicht mit Menschen experimentieren dürfe. Man müsse auf die Experten hören. Eine Unterbringung auf dem Füssler-Areal halte sie für nicht richtig. Man müsse andere Örtlichkeiten finden. Es gehe um das wichtige Thema Integration.

Der Vorsitzende schlägt ein Ende der Diskussion vor.

Stadträtin Krämer erläutert, dass die Integration viel Zeit und Mühen in Anspruch nehmen werde. Die Verwaltung müsse die Zahl von 100 Personen am Standort Haagen einfach akzeptieren.

Der Vorsitzende verweist auf die kommende Sondersitzung des Ortschaftsrates.

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: